

ein Angebot gewesen sein sollte, der Verweis darauf, dass 2011/2012 ja schon ein Moratorium war, dann verlängern Sie dieses Moratorium wenigstens in den Haushaltsverhandlungen 2013/2014. Die Situation drängt dazu.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Ich stelle nun die Drucksache 5/7462 zur Ab-

stimmung. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmenthaltungen und zahlreichen Stimmen dafür hat der Antrag dennoch nicht die erforderliche Mehrheit gefunden und ist nicht beschlossen. Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 6

Aussetzung der Verkaufsaktivitäten für die ehemalige Justizvollzugsanstalt Chemnitz – Diskussion über zukünftige Nutzung des Gebäudekomplexes ermöglichen

Drucksache 5/7435, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Fraktionen nehmen wie folgt Stellung: GRÜNE, CDU, DIE LINKE, SPD, FDP, NPD und die Staatsregierung, wenn gewünscht.

Es beginnt die Fraktion GRÜNE. Frau Abg. Giegengack, Sie haben das Wort.

Annekathrin Giegengack, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon eigenartig, aber wenn Sie so wollen, sind meine Geschwister und ich mit diesem Gefängnis, um das es hier heute geht, aufgewachsen; denn in unmittelbarer Nachbarschaft dieser Untersuchungshaftanstalt Chemnitz-Kaßberg liegen zwei Schulen, die wir besuchten, zum einen die Erweiterte Oberschule „Friedrich Engels“, von der aus man den Gefängnis Komplex überblicken konnte, und zum anderen die Bezirksmusikschule Karl-Marx-Stadt direkt gegenüber dem Gefängnis.

Wir haben dort häufig Häftlingsbusse gesehen. Das war für uns nichts Ungewöhnliches, wussten wir doch, dass die Untersuchungsgefangenen nach ihrer Verurteilung in die JVA Chemnitz-Reichenhain am anderen Ende der Stadt gebracht wurden. Dass von dieser Haftanstalt aus auch Busse in genau die entgegengesetzte Richtung starteten, nämlich in Richtung Autobahn, um Häftlinge über die Grenze in den Westen zu bringen, wussten wir damals natürlich nicht. Damit bin ich auch bei dem Alleinstellungsmerkmal der Untersuchungshaftanstalt Chemnitz-Kaßberg, die mittlerweile geschlossen wurde und zum Verkauf steht.

Sie war über viele Jahre die letzte Station all der Häftlinge, die von der Bundesrepublik freigekauft wurden; sie war die letzte Station auf ihrem Weg in die Freiheit. Zwischen 1963 und 1989 wurden insgesamt 3,5 Milliarden D-Mark ausgegeben für 33 000 Häftlinge, die dadurch in den Westen kamen, und das durchaus auch zum Teil gegen ihren eigenen Willen, wie zum Beispiel bei Roland Jahn.

Der Häftlingsfreikauf zählt zu den schwierigen Kapiteln unserer jüngsten deutschen Geschichte. Viel ist dazu bereits geschrieben und auch wissenschaftlich gearbeitet worden. Doch einen authentischen Gedenkort dafür gibt es in Deutschland bisher nicht. Ich persönlich halte dies jedoch aus eigener Erfahrung für außerordentlich wichtig, denn nur so kann man Geschichte im wahrsten Sinne des Wortes wirklich begreifen.

Bitte, verstehen Sie mich nicht falsch. Ich möchte hier auf keinen Fall irgendwelche Parallelen ziehen, sondern nur verdeutlichen, weshalb ich authentische Gedenkort für so wichtig halte, meine Damen und Herren. Es ist so, dass keine Schulstunde, kein Lehrbuchaufsatz oder keine Fernsehdokumentation mir als Kind die Gräueltaten des Nationalsozialismus so vergegenwärtigt hat wie der gemeinsame Besuch mit meinen Eltern im Konzentrationslager Majdanek. Mein jahrelanges Engagement später bei „Aktion Sühnezeichen“ rührt aus dieser Erfahrung her. Deshalb bin ich zutiefst davon überzeugt, dass wir Orte brauchen, wo unsere Geschichte unmittelbar erfahrbar wird.

Mit der Untersuchungshaftanstalt Chemnitz-Kaßberg haben wir einen solchen Ort sogar in mehrfacher Hinsicht, denn bereits 1933 bis 1945 sind dort unzählige Menschen durch die Gestapo inhaftiert und gefoltert worden.

Wenn Sie in einer dieser Zellen stehen, meine Damen und Herren, wie ich vor Kurzem, ist Geschichte auf einmal nicht mehr abstrakt. Es ermöglicht eine Ahnung von dem, was Menschen dort in beiden Diktaturen erleben und erleiden mussten.

Ich freue mich sehr, dass die Koalition unsere Initiative heute aufgenommen hat und wir nicht mehr nur über eine ergebnisoffene Aussetzung über die Verkaufsaktivitäten der JVA Chemnitz-Kaßberg abstimmen, sondern über einen gemeinsamen Antrag, mit dem die Einrichtung einer Gedenkstätte bei dem Verkauf des stillgelegten Gefängnisses sichergestellt werden soll.

Wir sind uns darüber einig, dass nicht der ganze Gefängniskomplex zur Gedenkstätte werden soll – das steht außer Frage –, und uns ist auch bewusst, dass der Weg dahin noch sehr weit ist. Es muss ein Käufer für das Areal gefunden werden, es muss ein Gedenkstättenkonzept erarbeitet werden, und – das Allerschwierigste an der ganzen Sache – es muss auch finanziell untersetzt werden.

Mit der Annahme dieses Antrages am heutigen Tag können wir den ersten Schritt auf diesem Weg gehen, und deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren, nun die CDU-Fraktion; Herr Abg. Schiemann, Sie haben das Wort.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe zu, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Wenn meine Vorrednerin aus ihrem Leben berichtet hat, dann ist das etwas Authentisches, was wir auch der Nachwelt erhalten müssen, und es berührt mich innerlich sehr, weil es mich auch daran erinnert, wie ich in Bautzen als Schüler am Stasihaftgefängnis vorbeigelaufen bin und wie wenig wir als Schüler Einblick in diese Entwicklung hatten.

Lassen Sie mich deutlich sagen, dass wir alle Aktivitäten, die zur Schaffung eines Gedenkortes in Chemnitz-Kaßberg beitragen, unterstützen werden. Dieser Gedenkort muss unmissverständlich erhalten bzw. für die Nachwelt entsprechend geschaffen werden. Zweitens, die Verkaufsverhandlungen der Staatsregierung werden mit dieser Initiative nicht abgebrochen. Drittens – ich denke, das ist das Schwierigste: Beide Anliegen zu beachten wird eine große Aufgabe, die es zu erfüllen gilt, werden.

Es lohnt sich dennoch, auch 20 Jahre nach der Wiedererlangung der Einheit des Vaterlandes die Zeit der Unfreiheit nicht zu vergessen; dabei die Auseinandersetzung zwischen Diktatur und Demokratie weiterzuführen; denn nur wer bereit ist, sich dieser Auseinandersetzung zu stellen, wird den Wert der Demokratie besser schätzen als die Zeit der Diktatur.

Der Freistaat Sachsen hat sich seit 1990 wie kaum ein anderes deutsches Land für eine ausgewogene Gedenkstättenlandschaft eingesetzt und diese geschaffen. Dabei wurden neben Gedenkstätten Gedenkorte und Orte der Erinnerung geschaffen. Eine Vielzahl von Initiativen, Opferverbänden und Fördervereinen hat diese Arbeit mit Unterstützung der Stiftung sächsische Gedenkstätten des Freistaates Sachsen und vieler weiterer Partner und Unterstützer geleistet. Dafür gebührt allen Beteiligten unser ganz besonderer Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Der Respekt und die Hochachtung aber gelten besonders den Menschen, die in den Gefängnissen gelitten haben, die Repressalien, Drangsalen und Erniedrigungen erdul-

den mussten. Diese Menschen, die noch leben, die überlebt haben, werden wir auch brauchen, damit Chemnitz als Ort der Erinnerung entsprechend erhalten bleibt.

Deshalb muss auch künftig die Erinnerung an die Leistung der Opfer Gradmesser des demokratischen Rechtsstaates bleiben. Die Leidensorte für die Opfer jeder Diktatur werden sich immer in den Gefängnissen wiederfinden. Meine Vorrednerin Frau Giegengack hat bemerkenswerterweise darauf hingewiesen, dass der Nationalsozialismus, aber auch die Zeit der SED-Diktatur in den Gefängnissen ihre Spuren hinterlassen haben.

Ich möchte deshalb daran erinnern, dass der Freistaat Sachsen mit der Schaffung der Gedenkstättenstiftung unter anderem in Pirna-Sonnenstein, Zeithain, Dresden/Münchner Platz und Torgau an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert – in Leipzig/Runde Ecke, Bautzen, Torgau, Dresden/Münchner Platz und Bautzener Straße an die Opfer der SED-Diktatur. Sie werden sehen, dass an diesen Orten beide Diktaturen zu Hause waren und dass es eine zusätzliche Herausforderung an jede Gedenkstätte, an jeden Gedenkort ist, dass man gebührend alle Opfergruppen entsprechend beachtet.

Der vorliegende Antrag spricht aber eine weitere dunkle Seite der SED-Diktatur des Gefängnisses Kaßberg in Chemnitz an. Als zentrales Gefängnis zur Abwicklung des Häftlingsfreikaufes in die Bundesrepublik hat dieses Gefängnis als Ort der Erinnerung der Opfer nicht nur sächsische Bedeutung, sondern – wie viele andere Gedenkorte – eine durchaus bundesweite Bedeutung; denn von hier wurde ein großer Teil der 33 000 Menschen durch die Bundesrepublik freigekauft. Für die ehemalige DDR war Menschenhandel ein einträgliches Geschäft geworden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Mehr als 3 Milliarden DM wurden dafür bezahlt. Dieser Handel war aus Sicht der Bürger der ehemaligen DDR menschenverachtend, weil das eine Einteilung in Klassen gewesen ist – in Menschen erster und zweiter Klasse –, und das war menschenverachtend.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und der FDP)

Nur weil Frauen und Männer mit ihren Kindern dem real existierenden Sozialismus den Rücken kehren wollten, wurden sie am Verlassen des Landes gehindert oder bei Fluchtversuch eingesperrt. § 213 Strafgesetzbuch der DDR, Versuchte Republikflucht, oder §§ 106 und 108 Strafgesetzbuch der DDR, Staatsfeindliche Hetze, mussten für die strafrechtliche Entscheidung als Grundlage für eine mehrjährige, jahrelange Haft in einem der Gefängnisse erhalten.

Der Freikauf durch die Bundesrepublik hat den Leidensweg vieler verkürzt und war zum damaligen Zeitpunkt die einzige Chance, einen Neuanfang im demokratischen Teil Deutschlands zu schaffen. Wir danken den Bundesregierungen, die geholfen haben, diese Fälle mit Freikauf zu lösen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte dabei ganz besonders die Aktivitäten unserer sächsischen Landsleute Herbert Wehner, Wolfgang Mischnick, Hans-Dietrich Genscher und weiterer in besonderer Erinnerung halten. Es waren nämlich überwiegend die Sachsen, die im Deutschen Bundestag darauf gedrungen haben, dass es eben zu dem Häftlingsfreikauf gekommen ist, und deshalb sollte man das heute noch in Erinnerung behalten.

(Beifall bei der CDU, der FDP und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

An diese Besonderheit, diesen Häftlingsfreikauf, zu erinnern, wäre in Chemnitz-Kaßberg der richtige Ort. Deshalb plädieren wir für einen angemessenen und offenen Gedenkort in Chemnitz.

Die Staatsregierung, meine Damen und Herren, hat in den bisher geführten Gesprächen diese Besonderheit in Chemnitz beachtet und eigene Aktivitäten dazu unternommen. Sie hat mit Interesse auf das Engagement und die Bemühungen des Bundesbeauftragten Roland Jahn reagiert. Diese Gespräche müssen jetzt weiter geführt werden. Wir wollen, dass künftig an die Opfer des Gefängnisses Chemnitz-Kaßberg erinnert werden kann. Dazu muss es ein Gesamtkonzept geben, das die Vermarktungsbemühungen der Staatsregierung auf der einen und Konzepte des zu bestimmenden Gedenkortes auf der anderen Seite beachtet. Die Machbarkeit zur Errichtung eines Lern- und vielleicht auch Gedenkortes ist entsprechend zu prüfen.

Ich bin mir sicher: Auch wenn es eine größere Zahl an Partnern sein wird, die sich konzeptionell in die Pflicht nehmen lassen werden – das Projekt wird die Unterstützung der Staatsregierung des Freistaates Sachsen, des Sächsischen Landtages, der Initiativen in Chemnitz sowie natürlich auch des Bundesbeauftragten Roland Jahn erhalten. Fehler – das möchte ich noch einmal ganz deutlich betonen – wie im Verfahren mit Hoheneck dürfen wir uns nicht leisten.

Gemeinsam stehen wir in der Verantwortung, den nachfolgenden Generationen über das Schicksal der Opfer zu berichten. Viele dieser Häftlinge wurden in der DDR zu Staatsfeinden erklärt, weil sie sich kritisch äußerten: zur Entwicklung des Staates, zur Regierung, zur Verwaltung, zu den VEB-Betrieben. Andere riefen öffentlich zur Einhaltung der damaligen DDR-Verfassung auf und sind dafür mit Gefängnis bestraft worden. Damit sich eine solche Diktatur niemals wiederholt, müssen wir auch mit Gedenkortern die Demokratie für die Zukunft stärken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der FDP, der SPD, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Nun für die Fraktion DIE LINKE Herr Abg. Bartl. Sie haben das Wort.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollegin Giegengack, ich habe sowohl die Einleitung als auch das Bild, das Sie verwendet haben, durchaus verstanden. Wir respektieren das.

Ich lasse die Seltsamkeiten im Zusammenhang mit der Hals über Kopf erfolgten Schließung der Justizvollzugsanstalt auf dem Kaßberg weithin außen vor. Aber das ist schon ein Problem, mit dem wir umgehen mussten; wir haben es auch mit Anträgen getan. Noch bis 2010 sind in dieses Objekt allein 4 Millionen Euro für den Umbau des Hauses D geflossen und noch einmal 2,8 Millionen Euro in die Reparatur verschiedener Zuleitungen und Ähnlichem mehr.

Das Justizzentrum auf dem Kaßberg ist dort gebaut worden – auch gegen den Willen der Stadträtinnen und Stadträte, gegen den Willen zahlreicher Landtagsabgeordneter –, weil man behauptete, aus der unmittelbaren Nähe zur JVA resultierten Synergieeffekte.

Da wir über längere Zeit keine Männervollzugsanstalt im ganzen Raum Südwestsachsen, im ganzen Regierungs- bzw. Landesdirektionsbezirk Chemnitz mehr haben werden, haben wir schon früh darum gebeten zu prüfen, ob wenigstens eine partielle Erhaltung möglich ist, und sei es als Untersuchungshaftanstalt. Aber insoweit sind die Messen gelesen, das ist geklärt. Jetzt geht es um die weitere Verwendung dieses Objektes.

In dieser Frage ist unsere Auffassung nicht so weit entfernt von dem hier skizzierten Ansatz. Auch wir können uns vorstellen und halten es für nachvollziehbar, der wechselnden Geschichte dieses Hauses – 1880 als Gefängnis erbaut – auf gebührende Weise zu gedenken. Aus dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben wir das auch so herausgelesen. Im vorletzten Absatz heißt es: „Schließlich ist zu prüfen, ob und in welcher Form bei der Einrichtung einer Gedenkstätte auch Opfer der Naziherrschaft berücksichtigt werden können. Vertreterinnen und Vertreter von Opferverbänden hatten darauf verwiesen, dass das Kaßberg-Gefängnis ein Ort mit mehrfacher Vergangenheit sei. Zwischen 1933 und 1945 seien unzählige Menschen dort inhaftiert und gefoltert worden. Seit Beginn der Neunzigerjahre gibt es in Chemnitz keinen Ort mehr;“ – keinen Ort mehr! – „an dem der Widerstand gegen den Nationalsozialismus dokumentiert wird.“

Diese Formulierung nimmt die Debatte auf, die in Chemnitz geführt worden ist, auch unter Beteiligung von NS-Opferverbänden. Diese sagen: Wenn der Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder meinethalben der des Bundesbeauftragten aufgegriffen werden soll, muss man die Tatsache, dass es ein Ort doppelter Erinnerung – oder, wie es in dem Antrag heißt, „mit mehrfacher Vergangenheit“ – ist, berücksichtigen.

Angesichts dessen verwundert uns die Formel des Änderungsantrags. Darin heißt es wörtlich: „... beim beabsichtigten Verkauf der Immobilie ‚Ehemalige Justizvollzugsanstalt, Kaßbergstraße 12, Chemnitz‘ die Errichtung eines

angemessenen und offenen Gedenkortes zur Bewahrung und Präsentation der Historie dieser größten Abschiebehaftanstalt der DDR sicherzustellen; dabei soll auch eine Abstimmung mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes ... erfolgen.“

In dem Tenor des Änderungsantrags wird dazu aufgefordert, lediglich die Bewahrung dieser Seite der Erinnerung sicherzustellen.

(Christian Piwarz, CDU: „Historie“!)

Dass es sich um einen „Ort mit mehrfacher Vergangenheit“ handelt, kommt darin nicht zum Ausdruck. Das kann nur eine Formulierungsfrage sein; es ist aber für unsere Positionierung nicht unerheblich, dass wir beantwortet bekommen, was mit dieser Formulierung gemeint ist. **Wir haben mit Dankbarkeit vermerkt, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Disput mit den Opferverbänden aufgenommen haben. Das sollte auch in der Antragsformulierung unterstrichen werden.**

Danke schön.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abg. Kliese. Sie haben das Wort.

Hanka Kliese, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte eigentlich einen anderen Beginn meiner Rede geplant, bin jetzt aber sehr verwundert. Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, haben Sie – bei allem Respekt, Herr Bartl – zu diesem Thema keinen anderen Redner gefunden?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Frau Kliese, Sie gestatten eine Zwischenfrage?

Hanka Kliese, SPD: Ja, bitte.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte, Herr Bartl.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Frau Kliese, das haben wir uns sehr wohl überlegt. Es wäre für mich sicherlich unkomplizierter gewesen, wenn ich gesagt hätte, dass ich – als Chemnitzer und als Mensch mit der SED-Biografie, die Sie meinen – dazu nicht rede. Ich bin bloß der Auffassung, dass gerade die Frage –

(Zuruf von der CDU)

– Ich war von 1975 bis 1978 Staatsanwalt, damals als Jugendstaatsanwalt in Freiberg. Das ist überschaubar. Das hat der damalige Staatsminister Heitmann überall nachprüfen lassen, auch in der ehemaligen Erfassungsstelle in Salzgitter. Die Akte meiner Prüfung ist sehr dick. Herr Heitmann hat nichts gefunden. Insofern können Sie das Argument nicht anbringen.

Ich will die Frage stellen, ob Sie es nicht als Versuch des Ausweichens erachten würden, wenn der rechts- und

justizpolitische Sprecher – allzumal, wenn er aus Chemnitz kommt – zu diesem Thema nicht Stellung nehmen würde und diese Aufgabe auf Freya-Maria Klinger mit ihrer jugendlichen Biografie oder auf Kollegen Besier, der aus den alten Ländern kommt, delegiert hätte. Wir halten es jedenfalls für einen Ausdruck des ehrlichen Umgangs mit dieser Problematik, dass ich hier gesprochen habe.

(Beifall bei den LINKEN –
Beifall der Abg. Annekathrin Giegengack,
GRÜNE, und Eva Jähnigen, GRÜNE)

Hanka Kliese, SPD: Ich möchte Ihre Frage gern beantworten. Das ist für mich angesichts der Tatsache, dass Sie früher die Funktion des Leiters der Abteilung Staat und Recht der SED-Bezirksleitung innehatten, weniger eine Frage der Zuständigkeit als vielmehr eine Frage der Sittlichkeit.

(Beifall des Abg. Stefan Brangs, SPD –
Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Nun endlich zum Antrag! Ich freue mich, dass er eingebracht worden ist. Gefordert wird die Aussetzung der Verkaufstätigkeiten für das ehemalige JVA-Gelände in Chemnitz. Darüber hinaus soll sichergestellt werden, dass an dieser Stelle ein Gedenkort entsteht.

Nun werden sich einige fragen: Warum soll gerade an dieser Stelle ein Gedenkort in Chemnitz entstehen? Das Gelände der JVA Chemnitz ist ein Terrain mit einer besonderen Geschichte. Während der Nazi-Diktatur wurden dort politisch Andersdenkende eingesperrt; darauf werden wir natürlich auch in der Konzeption Rücksicht nehmen. Nach 1945 diente das Gelände erst unter sowjetischer und dann unter DDR-Führung der Inhaftierung politischer Gefangener. Was Karl-Marx-Stadt aufgrund seiner strategisch günstigen Lage von anderen Stasi-Gefängnissen unterschied, war die Tatsache, dass von dort aus Häftlinge in den Westen Deutschlands verkauft wurden. Karl-Marx-Stadt war – das wurde schon mehrfach betont – der Dreh- und Angelpunkt für Häftlingsverkäufe, die von 1963 bis zur Wende in tausendfacher Zahl stattfanden.

Knapp dreieinhalb Milliarden D-Mark kassierte die DDR für den Verkauf politischer Gegner an den „Klassenfeind“. Knapp 34 000 Menschen sicherten mit ihren Schicksalen der DDR einen regelmäßigen Devisenstrom. Wer seine Strafe bereits verbüßt hatte, war etwa 11 000 DM wert; ein Arzt oder ein Ingenieur konnte bis zu 90 000 DM in die Staatskasse spülen. **In der medial oft als nicht ganz so dramatisch dargestellten Diktatur der DDR wurde ganz klar Menschenhandel betrieben. Wer das bestreiten will, negiert historische Tatsachen, und wer das nicht weiß, braucht eine Gedenkstätte.**

(Beifall des Abg. Thomas Jurk, SPD –
Beifall bei der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen sagen: Es gibt viele Menschen, die das nicht wissen.

Nun wird es sicherlich auch den Einwand geben, dass es bereits etliche Gedenkstätten zur Erinnerung an das Unrecht der SED-Diktatur gibt und dass es vielleicht zu einer Ungleichgewichtung gegenüber den Opfern der Zeit vor 1945 kommen könnte. Dazu sei zweierlei gesagt:

Erstens ist es das Ziel, in dieser Gedenkstätte sowohl an die Zeit vor 1945 als auch an die Zeit danach zu erinnern.

Zweitens. Eine Gedenkstätte entsteht nicht dort, wo eine quantitative Notwendigkeit gesehen wird; ein Gedenkort entsteht dort, wo etwas geschehen ist. Was auf dem Kaßberg geschah, ist von immenser historischer Dimension. Es ist nicht ausschließlich ein Chemnitzer Thema, es ist auch kein allein ostdeutsches Problem. Häftlingsfreikäufe besitzen eine gesamtdeutsche Relevanz und bedürfen einer gründlichen Aufarbeitung. Sie sind auch wissenschaftlich noch nicht erforscht.

Wer denkt, wir könnten es uns leisten, auf die Aufarbeitung der Themen Stalinismus und SED-Diktatur zu verzichten, der hat die Katastrophe des 20. Jahrhunderts nicht in ihrem vollen Umfang verstanden.

Das Zeitalter der Extreme muss zusammengedacht, statt mit Denkverbote voneinander abgetrennt werden. Siegfried Reiprich, der Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat das in seiner Abschiedsrede in der Gedenkstätte Hohenschönhausen auf den Punkt gebracht: „Wer vom Stalinismus nicht reden möchte, soll auch vom Faschismus schweigen.“

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hanka Kliese, SPD: Ja.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte, Frau Doktor.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Danke, Frau Kliese. – Haben Sie registriert, dass im Änderungsantrag genau dieser Passus, nämlich an die Opfer des Naziregimes auch zu erinnern, gestrichen worden ist?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Hanka Kliese, SPD: Zunächst ist es kein Ausschlusskriterium, dass es dort nicht ausdrücklich mit drinsteht. Des Weiteren gibt es eine Zusammenarbeit mit dem Verein, der sich dort gegründet hat. Dieser Verein hat ausdrücklich in seiner Präambel stehen, dass die Opfer vor 1945 einbezogen werden. Das wird auch durch diesen Antrag nicht verhindert.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Jemand, der den Totalitarismus des 20. Jahrhunderts in seinen dunkelsten Stunden erlebt hat, ist der Kommunist Jorge Semprún. Semprún überlebte das Konzentrationslager Buchenwald. Danach musste er miterleben, wie einige seiner Weggefährten, die genau wie er lebend aus dem KZ herausgekommen waren, der stalinistischen Liquidation zum Opfer fielen. Semprún hat in seinem Buch „Was für

ein schöner Sonntag“ etwas dazu geschrieben, was ich Ihnen gern vortragen möchte: „Ich dachte daran, dass Stalin weiter mordete, einsperrte, verleumdete, sogar nach seinem Tod. Ich dachte daran, dass 1945 die Deportierten in Buchenwald weiter starben, sogar nach der Befreiung. Die Überlebenden aus Auschwitz starben weiter in dem Kleinen Lager von Buchenwald. Ich dachte daran, dass Stalin allein ein riesiges Konzentrationslager, eine ideologische Gaskammer gewesen war, eine Art Verbrennungsofen des richtigen Denkens. Er mordete sogar nach seinem Verschwinden weiter. Ich dachte vor allem daran, dass Stalin die mögliche Unschuld unseres Gedächtnisses zerstörte.“

Meine Damen und Herren! Der brillante britische Historiker A. J. P. Taylor hatte einmal auf die Frage, weshalb er sich ausgerechnet mit seinem Forschungsgegenstand befasse, die Antwort gegeben: „Because this existed.“ Und genau das ist das Wesentliche. Warum sollen wir uns auf diesem Gelände mit der Geschichte zweier Diktaturen befassen? Weil sie existierten. Und zwar genau an diesem Ort.

Als stellvertretende Vorsitzende des Vereins zur Errichtung eines Lern- und Gedenkortes Kaßberg e. V. freue ich mich, dass wir heute einen wichtigen parlamentarischen Grundstein für dieses Vorhaben legen können. Als stellvertretende Vorsitzende dieses Vereins bin ich aber auch etwas verwundert, dass die Antragsteller bei der gemeinsamen Erarbeitung keinen Gedanken daran verschwendet haben, eine sozialdemokratische Partei in diesen Prozess einzubeziehen. Welche Ursachen auch immer dafür geltend gemacht werden können – Taktieren, Eile, Gedankenlosigkeit –, ich persönlich kann es schwer nachvollziehen. Die SPD hat wie keine andere Partei unter den Repressionen in der SBZ und der DDR gelitten. Im Nachgang der Zwangsvereinigung wurden 5 000 Sozialdemokraten eingesperrt, 400 wurden hingerichtet. In meinem Ortsverein sitzen nicht die Kandidaten der Nationalen Front. In meinem Ortsverein sitzen Männer, die zu DDR-Zeiten auf dem Kaßberg inhaftiert waren. Wie soll ich denen eigentlich erklären, dass man einen solchen Antrag am besten ohne die SPD-Fraktion einreicht?

Doch auch ohne dass die SPD-Fraktion als Antragstellerin einbezogen wurde, ist es für mich ein ganz besonderer Moment, wenn wir heute eine Mehrheit für diesen Antrag finden und einer Gedenkstätte in Chemnitz den Weg ebnen, denn für mich gibt es kaum ein Thema, das für Konkurrenzkämpfe politischer Parteien schlechter geeignet wäre als dieses.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Dr. André Hahn, DIE LINKE, steht am Mikrophon.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Dr. Hahn, bitte.

Dr. André Hahn, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte gern das Letzte aufgreifen, was Frau Kliese gesagt hat, mit dem unnötigen Konkur-

renzkampf zwischen den demokratischen Parteien. Ich kann mich noch gut an die Diskussion erinnern, die wir hier zum Thema 50 Jahre Mauerbau geführt haben. Da ist uns von verschiedenen Seiten aus der Koalition vorgeworfen worden, dass wir eine junge Kollegin, die zu dieser Zeit noch gar nicht gelebt hat, haben sprechen und dieses Thema aus ihrer Sicht beleuchten lassen. Ich bleibe erstens dabei, dass das unser Recht ist. Zweitens haben Sie da geschimpft, dass diejenigen, die zu DDR-Zeiten Verantwortung hatten, sich dieser Thematik nicht stellen würden. Heute – und das hat Frau Kliese in ihrem Redebeitrag gemacht – wird vorgeworfen, dass Herr Bartl nicht nur als Chemnitzer, sondern auch als zuständiger Fachsprecher hierzu Position bezieht.

Sie müssen sich schon überlegen, wie Sie in solchen Fragen generell argumentieren. Die Auseinandersetzung mit Geschichte ist notwendig, und sie muss von denen geführt werden, die zu DDR-Zeiten Verantwortung getragen, haben wie von jenen, die zu DDR-Zeiten für diese Dinge keine Verantwortung getragen haben. Ich nehme für alle Abgeordneten meiner Fraktion in Anspruch, dass sie sich in der demokratischen Gesellschaft bewegen, dass sie sich mit der Geschichte auseinandersetzen. Wir brauchen von Ihnen in diesem Punkt keine Belehrung.

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Das war eine Kurzintervention von Herrn Kollegen Hahn. Frau Kliese, möchten Sie erwidern? – Das ist nicht der Fall. Wir setzen die Aussprache fort. Für die Fraktion der FDP spricht der Abg. Herr Biesok. Sie haben das Wort.

Carsten Biesok, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag unterstützt das Anliegen, der historischen und politischen Bedeutung der ehemaligen Justizvollzugsanstalt Chemnitz-Kaßberg eine stärkere Aufmerksamkeit zu verleihen. Ich möchte mich hier nicht dazu äußern, wie die Situation derjenigen war, die in der DDR inhaftiert wurden und die dann freigekauft worden sind. Ich möchte mich den Worten von Marko Schiemann anschließen. Ich denke, in diesem Hause sollte man über diese Zeit und zu diesem Thema nur dann sprechen, wenn man sie selber erlebt hat, und das habe ich nicht.

Aus dem gleichen Grunde werde ich in einer politischen Diskussion Herrn Bartl niemals seine ersten beruflichen Jahre vorwerfen. Ich kann das nicht beurteilen. Aus diesem Grunde werde ich mich nicht dazu äußern.

Wir Liberalen messen im Umgang mit Opfern und den Hinterlassenschaften der ehemaligen Staatssicherheit in der DDR und den Repressalien dieses Systems eine sehr hohe Bedeutung zu. Auch in der FDP gibt es Mitglieder, die in dieser Zeit inhaftiert waren und die unter diesem System leiden mussten. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass wir eine entsprechende Gedenkstätte haben.

Wir haben uns entschlossen, diesen Änderungsantrag zu machen, weil ich denke, es ist der falsche Ort für politische Auseinandersetzungen. Wir möchten diese Gedenkstätte und haben diesen Antrag auch inhaltlich nicht viel verändert. Wir haben als einziges den Stopp der Verkaufsverhandlungen herausgenommen. Eine weitere inhaltliche Änderung war von uns beabsichtigt. Deshalb, Herr Kollege Bartl, sind wir weiterhin der Meinung, dass der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auch an diesem Ort gedacht werden soll. Dies stand im bisherigen Antrag nicht im Beschlusstext, sondern nur in der Begründung. Diese Begründung des ehemaligen Antrages in der ursprünglichen Fassung machen wir uns ausdrücklich zu eigen. Damit ist auch gemeint, dass wir allen Opfern einer Gewaltherrschaft, die an diesem Ort leiden mussten, hier mitgedenken werden.

(Beifall bei der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Ausdrücklich begrüße ich, dass die GRÜNEN darauf eingegangen sind, dass wir uns das bei allem Gedenken auch leisten können müssen. Der Freistaat Sachsen muss sparsam mit seinen Ressourcen umgehen. Wenn wir uns den großen Gebäudekomplex ansehen, so wie er sich in Chemnitz-Kaßberg darstellt, wäre es vermessen zu sagen, wir können ihn komplett durch den Freistaat unterhalten. Deshalb ist ein Verkauf der richtige Weg. Wir dürfen den Verkauf nicht nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten organisieren, sondern müssen dem Gedenken einen angemessenen Platz einräumen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Ich freue mich, dass wir einen gemeinsamen Änderungsantrag verfasst haben, den ich hiermit förmlich einbringen möchte. Dieser ist eine gemeinsame Basis für unser Zusammenwirken. Es stellt sich nicht mehr die Frage Verkauf oder Gedenkstätte, sondern es stellt sich nur noch die Frage: Wie integrieren wir einen Gedenkort bei einem Verkaufsprozess an einen Investor? Ich möchte noch einmal betonen, dass wir gerne die Initiative des Bundesbeauftragten aufnehmen wollen. Er hat sehr deutlich gemacht, was er sich an diesem Standort vorstellen kann. Wir schlagen weiter vor, den Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen mit in diese Diskussion einzubeziehen, damit wir einen sächsischen Bezug bekommen. Ich denke, so werden wir einen angemessenen Ort des Gedenkens an diesem historisch wichtigen Ort finden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Und nun die NPD-Fraktion.

(Dr. Johannes Müller, NPD: Kein Redebedarf!)

– Kein Redebedarf.

Meine Damen und Herren! Das war die erste Runde. Gibt es weiteren Redebedarf aus den Fraktionen? – Das kann ich nicht feststellen. Ich frage die Staatsregierung. Der

Finanzminister ist zurzeit nicht anwesend. Frau Staatsministerin, Sie vertreten ihn jetzt und haben das Wort.

Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Seitdem sich die JVA Chemnitz-Kaßberg in der Verwaltung des Staatsbetriebes SIB befindet, wurden die Nachnutzungsmöglichkeiten durch den Freistaat Sachsen umfassend geprüft. Eine Nachnutzung durch den Freistaat selbst war jedoch nicht sinnvoll möglich. Der Staatsbetrieb SIB wurde daher mit der Vermarktung dieser Immobilie beauftragt.

Die Staatsregierung ist sich aber auch folgender Tatsachen bewusst: Erstens. Der historischen und politischen Bedeutung der ehemaligen JVA Chemnitz in ihrer wechselvollen Geschichte. Zweitens. Der unbestritten exponierten Lage mitten in Chemnitz. Daraus ergeben sich folgende Aufgaben: Eine große und stark sanierungsbedürftige Immobilie wie diese braucht ein finanzierbares und zukunftsorientiertes Nachnutzungskonzept. Eine künftige Gesamtentwicklung ist nur gemeinsam mit einem starken Investor möglich. Die bisherigen Gespräche im Rahmen der Vermarktungsbemühungen haben gezeigt, dass durchaus verschiedene Interessen und Ideen in ein Gesamtkonzept Eingang finden können. Die Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen und werden ergebnisoffen geführt.

Die Staatsregierung hat auch die Überlegungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Herrn Roland Jahn, aufgenommen. Sie wird sich diesen Überlegungen nicht verschließen. Konkrete und verbindliche Anfragen und Angebote der Bundesregierung liegen allerdings noch nicht vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die geschichtliche und politische Vergangenheit Sachsens soll dauerhaft in Erinnerung bleiben.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Dies ist jedoch nicht allein Aufgabe des Landes. Dazu sind alle aufgerufen. Ein Nachdenken über verschiedene Konzepte muss auch nicht bedeuten, dass die Vermarktung verschoben werden muss. Wir werden versuchen, eine gemeinsame Lösung mit den Investoren zu suchen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Das Schlusswort hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Abg. Giegengack, bitte.

Annekathrin Giegengack, GRÜNE: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier noch einmal ganz deutlich zum Ausdruck bringen und auch, dass das explizit im Protokoll so vermerkt wird: **Es war nicht unsere Intention, diese Gedenkstätte auf die DDR-Zeit zu verengen, sondern wir möchten sie, genauso wie es auch in der Begründung für unseren ursprünglichen Antrag steht, in Bezug auf beide Diktaturen zum Gedenkort machen. Vor diesem Hintergrund bitte ich ganz herzlich um die Zustimmung des Landtags.**

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN,
der CDU, der SPD und der FDP)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Es liegt ein Änderungsantrag in der Drucksache 5/7548 vor. Ich gehe davon aus, dass dieser Änderungsantrag den ursprünglichen Antrag ersetzt, sodass wir über diesen abstimmen. Meine Damen und Herren! Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltungen ist dem Antrag mit großer Mehrheit zugestimmt worden.

Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

(Beifall bei der CDU und den LINKEN)

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 7

Raus aus dem Euro – Ja zur D-Mark: Volksabstimmung jetzt!

Drucksache 5/7453, Antrag der Fraktion der NPD

Die Fraktionen können wie folgt Stellung nehmen: NPD, CDU, DIE LINKE, SPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Wir beginnen mit der Aussprache. Für die NPD spricht Herr Abg. Dr. Müller.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Das Volk ist frei geboren, ist frei und liegt doch überall in Ketten.“ Dieses Wort Rousseaus aus seinem berühmten Buch vom Gesellschaftsvertrag ist nun mittlerweile 249 Jahre alt. An seiner

Aktualität hat sich aber rein gar nichts geändert, außer vielleicht der Umstand, dass die Ketten viel raffinierter und weniger sichtbar geworden sind. Die Ketten unserer Gegenwart bestehen in einer faktischen Allmacht der Parteien, Medien und Verbände und diese wiederum bewirken sehr wirkungsvoll die Entmündigung des Volkes.

Aus dem Absolutismus der Fürsten und Könige ist heute ein Absolutismus der politischen und medialen Klasse